

NIEDERSCHRIFT Rat/026/2007

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 13.12.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

stellvertretender Vorsitzender:

Herr Bernhard Faltmann

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde

Herr Günther Fehmer

Herr Thomas Hagemann

Herr Florian Heuermann

Herr Ludger Kleideiter

Herr Bernhard Kortmann

bis einschl. TOP 2.0 nö. S.

Herr Willi Krause

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Franz-Josef Schulze Thier

Frau Birgit Schulze Wierling

Herr Karl-Heinz Ueding

Herr Werner Wiesmann

Herr Franz Becks

Herr Jürgen Brunn

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Herr André Heßling

Frau Gabriele Mönning

Herr Peter Nowak

Herr Martin Pfeiffer

Herr Hans-Joachim Spengler

Herr Thomas Tauber

Herr Klaus Wieling

Herr Heinz Roggenkamp

Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlt:

Frau Marion Dirks

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein

Herr Peter Melzner

Herr Hubertus Messing

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:05 Uhr

Der 1. stellv. Bürgermeister Herr Faltsmann teilt mit, dass er heute den Sitzungsvorsitz übernehme, da der Vater der Bürgermeisterin, Herr Bernard Reher, heute in den frühen Morgenstunden verstorben sei.

Die Ratsmitglieder erheben sich von ihren Plätzen, um Herrn Bernard Reher zu gedenken.

Herr Faltsmann stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**
Herr Messing berichtet über die Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

- 2. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011**
hier: Einbringung des Etatentwurfes durch die Bürgermeisterin in den Rat
Herr Mollenhauer als allgemeiner Vertreter verliest die von Frau Dirks verfasste Haushaltsrede, die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt ist.

Beschluss:

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2007 nebst Anlagen wird zur Vorbereitung an den HFA verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

- 3. Festsetzung der Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck;**
hier: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Beiträge (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände
Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt

Billerbeck werden 2008 wie folgt festgesetzt:

Steinfurter Aa	12,09 EUR
Steinfurter Aa und Grienbach	3,63 EUR
Obere Berkel	5,55 EUR
Mittlere Berkel	6,06 EUR
Münstersche Aa (Oberlauf)	10,10 EUR
Obere Stever	11,40 EUR

Die 30. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen (Umlage) der Wasser- und Bodenverbände wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

**4. Straßenreinigung in der Stadt Billerbeck;
hier: Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2008**

Frau Mönning führt an, dass sich einige Bürger bei ihr beschwert hätten, weil bereits ab 6:00 Uhr gefegt werde. Sie fragt nach, ab wann morgens mit der Straßenreinigung begonnen werden dürfe.

Herr Melzner geht davon aus, dass ab 7:00 Uhr begonnen werden dürfe, sagt aber Überprüfung zu.

Beschluss:

Die vorliegende Gebührenbedarfsberechnung 2008 für die Straßenreinigung wird zur Kenntnis genommen. Die Straßenreinigungsgebühren bleiben mit 1,33 EUR je Frontmeter unverändert.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Gebührenbedarfsberechnung 2008 für die Abfallbeseitigung in der Stadt Billerbeck

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Umwelt- und Denkmalausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

- a. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation der Gebührenbedarfsberechnung 2006 wird zur Kenntnis genommen und die sich ergebene Überdeckung von 3.049,00 EUR wird gem. § 6 Abs. 2 KAG zum Ausgleich in die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2008 einbezogen und damit an die Gebührenpflichtigen weitergegeben.
- b. Auf der Grundlage der Gebührenbedarfsberechnung verbleibt es bei den bisherigen Gebühren und Tarifen, sodass sich eine Änderung der Gebührensatzung erübrigt.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

6. Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das

Wirtschaftsjahr 2008

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Dem Wirtschaftsplan 2008, bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Finanzübersicht und Stellenplan, wird zugestimmt.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite, die im Wirtschaftsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden können, wird auf 1.648.824,39 Euro festgelegt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 300.000,00 Euro festgelegt.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

7. Gebührenbedarfsberechnung des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2008 **hier: 2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001 und 3. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

- 1.1. Die Schmutzwassergebühr beträgt
ab dem 01.01.2008: 2,46 €/m³
- 1.2. Die Niederschlagswassergebühr beträgt
ab dem 01.01.2008: 0,54 €/m²
- 1.3. Die anliegende 2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001 wird beschlossen.
- 2.1. Die Gebühr für entnommenen Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen wird auf 22,00 €/m³ festgesetzt.
- 2.2. Die Gebühr für entnommenes Abwasser aus abflusslosen Gruben wird auf 7,42 €/m³ festgesetzt.
- 2.3. Die beigefügte 3. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001 wird beschlossen.

Stimmabgabe: 18 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen

8. Anmeldung und Zulässigkeit von Osterfeuern

Herr Nowak macht deutlich, dass entgegen des Beschlussvorschlages des Fachausschusses eine Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen werden sollte, um Rechtssicherheit zu schaffen. Viele Osterfeuer würden

nicht nur als traditionelles Osterfeuer entfacht, sondern um Materialien zu verbrennen. Um dem nachgehen zu können, sei der Erlass einer Satzung der richtige Weg. Deshalb appelliere er an alle, nicht dem Beschlussvorschlag des Ausschusses, sondern dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Herr Wiesmann weist darauf hin, dass es bereits eine Satzung gebe, in der das Verbrennen von Schlagabraum geregelt sei. Diese halte er für völlig ausreichend.

Herr Tauber hält Herrn Wiesmann entgegen, dass es sich um zwei völlig unterschiedliche Rechtsgrundlagen handele. Außerdem könnten mit dem Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung kostenträchtige Fehleinsätze der Feuerwehr vermieden werden. Die Verwaltung habe eine pragmatische Lösung vorgeschlagen.

Insbesondere durch das Ausfüllen des Formulars entstehe mehr Bürokratie, so Herr Wiesmann. Über Jahrzehnte hätten ohne Probleme die Dinge auf kurzem Weg telefonisch geklärt werden können. Im Übrigen sei die Anzahl der Osterfeuer sei Jahren rückläufig.

Herr Fehmer kann nicht nachvollziehen, dass Billerbeck als einzige Gemeinde eine Ordnungsbehördliche Verordnung zum Abbrennen von Osterfeuern erlassen will. Er wolle keine Mehrbelastung für die Bürger und Fehleinsätze der Feuerwehr habe es bisher nicht gegeben. Weiter gebe er zu bedenken, dass nach seiner Meinung die Geschäftsordnung und die Hauptsatzung bzw. die Gemeindeordnung dem Vorgehen der Bürgermeisterin entgegenstehen. Er bitte die Verwaltung um Prüfung, ob die Bürgermeisterin im Rahmen ihrer Organisationshoheit eine schriftliche Anzeige der Osterfeuer einführen könne.

Herr Nowak hält dem entgegen, dass die Überwachung von Osterfeuern Aufgabe der Verwaltung und nicht des Rates sei. Der Rat habe die Aufgabe, Satzungen zu beschließen. Und um die Arbeit der Verwaltung zu erleichtern, stelle er den Antrag, eine Ordnungsbehördliche Verordnung zu erlassen.

Herr Faltmann lässt zunächst über den Antrag des Herrn Nowak, eine Ordnungsbehördliche Verordnung zu erlassen, abstimmen, da dies der weitergehende ist. Der Antrag wird mit **11 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt.**

Dann lässt Herr Faltmann über den Beschlussvorschlag des vorberatenden Ausschusses abstimmen, der den Beschlussvorschlag der Verwaltung und den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung abgelehnt habe.

Diesem Vorschlag wird mit **15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen zugestimmt.**

9. Energiekonzept für die weiterführenden Schulen der Stadt Billerbeck hier: weitere Umsetzung des Konzeptes

Herr Mollenhauer teilt ergänzend mit, dass inzwischen der Bewilligungsbescheid vorliegt und damit 15% der Aufwendungen durch eine Förderung bezuschusst werden.

Beschluss:

Im Rahmen der weiteren Sanierung der weiterführenden Schulen ist in der Realschule die Misch-, Steuer- und Regeltechnik im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu sanieren.

Stimmabgabe: einstimmig

10. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen" hier: Vorstellung des geänderten Plankonzeptes

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Mit dem Plankonzept wird eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Zudem wird eine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13 a Abs. 1 Nr. 2 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

11. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes -Baugebiet Gantweger Bach-

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Im Verfahren zur 34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Aufstellung des Bebauungsplanes "Gantweger Bach" hier: Ergebnis der frühzeitigen Bürgeranhörung

Herr Schlieker führt aus, dass seitens seiner Fraktion umfangreiche Vorschläge unterbreitet worden seien, wie das Wohnen, Bauen und Leben in Billerbeck in Zukunft aussehen könnte. Deshalb sei er über das Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sehr enttäuscht. Da sich nur wenige und immer die gleichen Personen zu Wort gemeldet hätten, halte er das Ergebnis auch nicht für repräsentativ. Die CDU-Mehrheitsfraktion erweise der Stadt Billerbeck mit diesem Bebauungsplan einen Bärendienst.

Er habe in der Vorberatung bereits darauf hingewiesen, dass aus den Äußerungen von 4 – 5 Bürgern nur schwer ein mehrheitliches Meinungsbild abgeleitet werden könne, so Herr Wieling. Allerdings könne er nicht verstehen, dass es zu diesem Punkt in der Vorberatung seitens des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Wortmeldung gegeben habe.

Herr Fehmer kann die Kritik und Schwarzmalerei an diesem hervorragenden Baugebiet nicht nachvollziehen. Die Bürger seien zufrieden und scheinbar glücklich damit. Im Übrigen hätte Herr Roggenkamp die Kritik während der Vorberatung vorbringen müssen, heute komme sie zu spät.

Herr Heuermann ergänzt, dass der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der einzige Ausschuss sei, in dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stimmrecht hätten. Deshalb finde er es verwunderlich, wenn jetzt noch Kritik geübt werde.

Herr Schlieker räumt ein, dass es heute für eine grundlegende Kritik zu spät sei, er habe seine Enttäuschung zum Ausdruck bringen wollen. Im Gegensatz zu den Bürgern sei es aber die Pflicht des Rates, weiter zu denken und z. B. den demografischen Wandel in künftigen Planungen zu berücksichtigen. Seine Fraktion habe versucht all die Dinge, die die Bauherren nicht in ihre Überlegungen einbezogen in ihrem Konzept zu berücksichtigen.

Frau Mönning pflichtet Herrn Schlieker bei; der Rat habe die Verpflichtung, richtungsweisend zu agieren. Vertreter der SPD-Fraktion hätten von Anfang an ihre Enttäuschung über den Bebauungsplan zum Ausdruck gebracht. Sie hätten sich eine richtungsweisendere und kreativere Planung gewünscht.

Beschluss:

- Den Anregungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird entsprechend den Erläuterungen im Sachverhalt gefolgt.
- Der Anregung zur Erhöhung der Trauf- und Firsthöhe für eine zweigeschossige Bauweise wird nicht gefolgt.
- Auf der Grundlage der Planvariante I wird ein Bebauungsplanentwurf erarbeitet.
- Mit dem Bebauungsplanentwurf ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

13. Bebauungsplan "Kampstraße/Ludgeristraße" hier: Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung

Herr Mollenhauer weist zur Klarstellung darauf hin, dass der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vorschläge, den seitens der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes bzgl. der Nebenanlagen zu ändern. Deshalb solle heute nicht der ursprünglich vorgelegte Plan für die

Offenlegung gebilligt werden, sondern der aufgrund der Vorberatung überarbeitete Plan nebst überarbeiteter Begründung, der der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses beigelegt ist.

Beschluss:

- Der Anregung von Frau Leising wird nicht gefolgt.
- Den Bedenken von Frau Leiers wird gefolgt.
- Der Anregung der Familie Miltrup, die Festsetzungen im Bebauungsplan entsprechend ihres geplanten Bauvorhabens zu fassen, wird nur teilweise gefolgt.
- Der Anregung von Herrn Reiling wird wie beschrieben gefolgt.
- Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung wird für die Offenlage gebilligt.
- Mit dem Bebauungsplanentwurf „Kampstraße/Ludgeristraße“ wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und nach § 4 Abs. 2 BauGB den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Antrag der CDU-Fraktion vom 03. Dezember 2007

hier: Vorstellung und Beurteilung der IHK Standortanalyse

Frau Mollenhauer begründet den CDU-Antrag. Es müsse geprüft werden, welche Gründe zu der schlechten Einstufung Billerbecks geführt haben.

Herr Wieling betont, dass zwei Kennzahlen dazu geführt haben, dass Billerbeck nur auf Rang 52 liege. Hierbei handele es sich um die Infrastruktur mit den verfügbaren Gewerbegebieten (Platz 70) und um den Bereich Familienfreundlichkeit (Platz 77).

Über diese beiden Kennzahlen müsse in den Fachausschüssen diskutiert werden.

Herr Messing teilt ergänzend mit, dass Frau Dirks Anfang 2008 zum Neujahrsempfang einladen werde. Hierzu habe Frau Dirks einen Referenten der IHK eingeladen, der dann auf die Studie eingehen wird.

Nach weiterer Erörterung beantragt Frau Mollenhauer, den Fraktionsantrag in den Ausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 3. Dezember 2007 wird an den HFA verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

15. Bürgeranregung der Nachbarschaft Johannikirchplatz gemäß § 24 GO NW vom 08.11.2007

hier: Feste auf dem Johannisschulhof

Herr Fehmer unterstreicht, dass es sich bei dem Johannisschulhof um einen öffentlichen Platz handle, auf dem Billerbecker Vereine Veranstaltungen für Billerbecker durchführen. Offenbar gebe es bzgl. der getroffenen Absprachen Kommunikationsprobleme. Deshalb sollte die Verwaltung sich mit Vereinsvertretern und Anliegern des Johanniskirchplatzes an einen Tisch setzen und verbindliche Absprachen treffen. Seitens der CDU-Fraktion werde die Auffassung vertreten, dass die bisherigen Regelungen in Ordnung seien, zumal es kaum Alternativstandorte in Billerbecker gebe. Hinsichtlich der Details gebe es aber sicherlich Gesprächs- und Klärungsbedarf. Er richte den Appell an alle, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Herr Nowak weist darauf hin, dass auf der einen Seite die berechtigten Anliegen der Anwohner stünden, die aber auch an anderen Standorten berücksichtigt werden müssten; daneben gebe es das berechnigte Interesse der Vereine, Traditionsveranstaltungen und Feste durchführen zu können. Er lege großen Wert darauf, dass die Feste weiter stattfinden können. Deshalb müsse die Verwaltung mit allen Beteiligten einen tragbaren Kompromiss erarbeiten. Eine Verweisung der Bürgeranregung an einen Ausschuss erübrige sich daher, die Verwaltung sollte anschließend über die Gespräche berichten.

Herr Schlieker äußert seine Sympathien sowohl für die Anlieger als auch für die Vereine. Traditionsveranstaltungen und Feste würden von Billerbecker für Billerbecker veranstaltet. Er sehe es nicht als ureigene Aufgabe des Rates an, für einen Kompromiss zu sorgen. Hierfür sei die Verwaltung zuständig.

Frau Mönning wirft ebenfalls ein, dass es Aufgabe der Bürgermeisterin sei, für einen Kompromiss mit allen Beteiligten zu sorgen.

Herr Messing berichtet, dass es im Vorfeld zu dieser Sitzung bereits viele Gespräche gegeben habe. Danach solle die bisherige Verteilung der Veranstaltungen auf zwei Standorte beibehalten werden. Den Anliegern des Johanniskirchplatzes sei auch bereits mitgeteilt worden, dass der Kolping-Karneval Anfang nächsten Jahres bereits genehmigt worden sei.

Herr Dittrich appelliert, evtl. über die in 1998 getroffene Lösung hinaus zu gehen, es könne ja durchaus darüber hinaus gehende Lösungsansätze geben. Er könne die Belastungen der Anwohner nachvollziehen.

Lösungen könnten nur gefunden werden, wenn man sich zusammensetze und austausche, so Herr Dübbelde. Deshalb habe Herr Fehmer vorgeschlagen, alle an einen Tisch zu holen und einen Kompromiss zu finden.

Herr Wieling stellt fest, dass es die Beschwerden gegeben habe, gerade weil die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern nicht stattge-

funden habe.

Abschließend wird die Bürgeranregung zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, sich mit Anliegern und Vereinen an einen Tisch zu setzen und einen tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten.

16. Mitteilungen

16.1. Hecke am Tiefen Weg - Herr Messing

Zu den Hinweisen von Herrn Hagemann und Frau Mollenhauer, dass die Hecke vor dem leer stehenden Haus am Tiefen Weg in den Bürgersteig hineinwachse teilt Herr Messing mit, dass die Hecke im Wege der per Ordnungsverfügung angedrohten Ersatzvornahme vom städt. Bauhof geschnitten wurde. Die Kosten der Schnittmaßnahme würden dem derzeitigen Eigentümer per Kostenbescheid in Rechnung gestellt. Der Eigentümer habe bereits telefonisch Rechtsmittel gegen die erlassene Ordnungsverfügung angekündigt. Herr Messing weist darauf hin, dass eine Beseitigung ohne die Ordnungsverfügungen rechtswidrig gewesen wäre.

16.2. Reduzierung der Dienststunden der Polizeibeamten in Billerbeck - Herr Messing

Zur Nachfrage von Herrn Kleideiter, ob die Dienststunden reduziert worden seien, teilt Herr Messing mit, dass eine Reduzierung der Regelarbeitszeit nicht vorgenommen wurde. Die Beamten des Bezirksdienstes würden neuerdings samstags und sonntags zur Unterstützung des Wachdienstes in Dülmen eingesetzt. Jeder Beamte müsse dort 5 - 6 mal im Jahr an den Wochenenden den Wachdienst in der Aufbewahrungszelle übernehmen. Beeinträchtigungen für die Erreichbarkeit des Bezirksdienstes seien grundsätzlich nicht zu befürchten.

16.3. Versand von Sitzungsunterlagen - Herr Messing

Zu dem Hinweis von Frau Mönning in der letzten Ratssitzung, dass Sitzungseinladungen nicht ordnungsgemäß zugestellt worden seien, teilt Herr Messing mit, dass in dem angesprochenen Fall der Briefumschlag mit Einladungen einem Fraktionskollegen der SPD, der gleichzeitig Nachbar des Adressaten ist, mitgegeben worden sei. Dieser habe zugesagt, die Post zuzustellen. Auf Befragen habe er mitgeteilt, dass er den Umschlag noch am gleichen Tag in den Briefkasten gesteckt habe. Verwaltungsseitig könne somit nicht nachvollzogen werden, warum der Brief nicht rechtzeitig zugestellt wurde.

16.4. Weihnachtswünsche und Danksagung seitens des Klosters Gerleve - Herr Faltmann

Herr Faltmann verliest ein Schreiben von P. Thaddäus, in dem dieser den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Rat und Verwaltung der Stadt Billerbeck auch im Namen seiner Mitbrüder und vor allem des P. Prior-Administrator Laurentius von Herzen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest wünscht. Gleichzeitig bedankt sich P. Thaddäus für die Errichtung der beiden Wartehäuschen an der Bushaltestelle vor dem Kloster. Er selbst habe vor einigen Tagen ganz persönlich davon profitiert, als er abends von einem auswärtigen Termin mit dem Bus nach Haus gekommen sei. Viele Mitbrüder und Gäste würden diese Erfahrung teilen, so dass hier eine echte Verbesserung und Bereicherung entstanden sei.

16.5. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer verweist auf die letzte HFA-Sitzung zum Thema Infrastrukturgesellschaft. Dabei sei bereits angedeutet worden, dass zwei Sondersitzungen stattfinden werden. Nun sei vorgesehen, eine HFA-Sitzung am 7. Februar 2008 und eine Ratssitzung am 14. Februar 2008 einzuberufen. Die bei Bedarf am 14. Februar 2008 vorgesehene Sitzung des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses werde in Absprache mit der Vorsitzenden ggf. zu einem anderen Termin einberufen.

16.6. Asbest in der Hauptschule - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer führt aus, dass der Informationstermin für Eltern und Schüler am 10. Dezember 2007 stattgefunden habe. Herr Dr. Querbach aus dem Dezernat Arbeitsschutz der Bezirksregierung habe an dem Termin teilgenommen und einige Ausführungen zur Einschätzung einer möglichen Gefährdung gemacht. Danach sei die Gefahr für die Lehrer und Schüler äußerst gering gewesen. Zwischenzeitlich liege auch die Stellungnahme der Bezirksregierung vor, die auf Fragen von Frau Schmidt eingehe. Das Vorgehen der Stadt sei aus Sicht der Bezirksregierung insgesamt in Ordnung gewesen. Was am 10. Dezember kritisch geäußert worden sei, sei die Frage, ob nicht eine zeitige umfassende Information der Eltern und Schüler hätte erfolgen können. Das Thema solle ja nochmals im nächsten Schul- und Sportausschuss behandelt werden. Die Stellungnahme der Bezirksregierung ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

16.7. Straßenschäden Nottulner Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf die Nachfrage von Herrn Dr. Meyring, ob die Straßenschäden in dem noch nicht sanierten Abschnitt der Nottulner Straße noch vor dem Winter ausgebessert würden und teilt hierzu

mit, dass der Mitarbeiter der Straßenmeisterei darauf hingewiesen habe, dass die Strecke so beschildert sei, dass auf die Fahrbahnschäden hingewiesen werde. Schäden über 4 cm würden mit Kaltasphalt geschlossen, alles andere bleibe bis zum Ausbau (voraussichtlich im Jahr 2008) unbehandelt.

17. Anfragen

17.1. Gefährdung von Schulkindern im Bereich der Ludgeristraße - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass es nach Schulschluss im Bereich der Ludgerischule zu gefährlichen Situationen komme, weil Schüler/innen mit ihren Fahrrädern nicht ordnungsgemäß die Fahrbahn querten. Da hier baulich kaum Möglichkeiten bestünden, sollte evtl. über den Einsatz von Schülerlotsen nachgedacht werden.

Herr Messing erläutert, dass die Schüler/innen, die vom Richtengraben den Heimweg in Richtung Oberlau antreten, eigentlich den Zebrastreifen nutzen und die Räder auf dem Gehweg schieben müssten, um diesen nicht entgegengesetzt zu befahren. Die Schüler/innen führen aber fast alle quer über die Fahrbahn. Hier müsse der Bezirksdienst tätig werden.

17.2. Erinnerung der Beantwortung seiner Anfragen - Herr Roggenkamp

Herr Roggenkamp erinnert an die Beantwortung seiner in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung gestellten Anfragen.

Herr Mollenhauer entgegnet, dass er die Beantwortung nicht für heute zugesagt habe.

Bzgl. der entfernten Pflanzebeete an der Natz-Thier-Straße habe ihm Herr Hoffmann mitgeteilt, dass diese sukzessive auf Wunsch der Anlieger entfernt worden seien. Ersatzanpflanzungen für beseitigte Bäume seien im angrenzenden Bereich erfolgt.

Im Übrigen sei geplant, die Angelegenheit unter „Mitteilungen“ in einer Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses zu erläutern.

Bzgl. des vor einem Verkehrsschild gepflanzten Baumes an der Beerlager Straße führt Herr Mollenhauer aus, dass der Baum im Laufe der Zeit aufgeschlichtet werde, so dass das Schild nach Einschätzung der Verwaltung sichtbar bleiben wird.

17.3. Spielplatz Oberlau I - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist darauf hin, dass an dem Holzgerüst seit Wochen die Brücke fehle und es außerdem zu Gefährdungen durch lose Schrauben

komme.

Herr Mollenhauer berichtet, dass das alte Spielgerät entfernt und bis zum Frühjahr nächsten Jahres ein komplett neues aufgestellt werde. Er sagt zu, evtl. bestehende Gefahrenstellen an dem alten Spielgerät beseitigen zu lassen.

17.4. Gehweg entlang der Darfelder Straße zwischen Westfalen-Tankstelle und Fußgängerampel - Herr Dittrich

Herr Dittrich erinnert an seinen bereits vor Monaten gegebenen Hinweis, dass der Gehweg sich in einem schlechten Zustand befinde. Bis heute sei nichts passiert.

Herr Hein teilt mit, dass dieser Abschnitt immer wieder notdürftig hergestellt werde, so dass keine Gefahrenstellen bestehen. Er weist darauf hin, dass der Gehweg Teil einer für das nächste Jahr vorgesehenen Baumaßnahme sei, so dass kein großer Aufwand betrieben werde.

17.5. Streugutbehälter am Hohen Weg - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich, ob nach Abschluss der Baumaßnahme Hoher Weg der Behälter mit Streugut wieder aufgestellt werde.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

17.6. Radweg an der L 506 - Herr Ueding

Herr Ueding erkundigt sich, ob die Rodungsarbeiten an einer Hecke im Bereich Stumpe im Zusammenhang mit der Anlegung des Radweges stünden.

Herr Mollenhauer geht hiervon aus. Der Radweg sei in Vorbereitung. Aufgrund der Witterung werde mit dem Ausbau voraussichtlich aber erst im März/April begonnen.

17.7. Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung - Frau Mönning

Frau Mönning führt an, dass die Bürgermeisterin die Fraktionen befragt habe, ob Mitglieder der Fraktionen bereit seien, den Eltern von neu geborenen Kindern die Informationsmappe „Informierte Eltern haben es leichter“ zu überbringen. In der Sitzung des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses im August habe sie im Namen ihrer Fraktion erklärt, dass alle Mitglieder der SPD-Fraktion hierzu bereit seien. Nun habe sie der Presse entnommen, dass bestimmte Personen für die Besuche ausgewählt worden seien, von der SPD-Fraktion aber keine Personen berücksichtigt wurden. Hieraus schließe sie, dass die SPD-Fraktionsmitglieder nicht für gut befunden wurden, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie wolle wissen, warum sie nicht für gut befunden wurden. Herr Messing entgegnet, dass die Bürgermeisterin sich dieser Sache per-

sönlich angenommen und auch die Personen ausgewählt habe. Insofern könne diese Frage nur von Frau Dirks beantwortet werden.

17.8. Versand von Sitzungsunterlagen - Herr Becks

Herr Becks teilt mit, dass er die Einladung zur Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung nicht bekommen habe. Eine Billerbeckerin habe ihn angerufen und ihm mitgeteilt, dass sie Post für ihn habe. In dem Umschlag habe sich die Einladung zur o. a. Sitzung befunden. Bezug nehmend auf die o. a. Mitteilung der Verwaltung zum Versand von Sitzungsunterlagen wolle er darauf hinweisen, dass dies auch passieren könne.

17.9. Ehrung für herausragende ehrenamtliche Arbeit in Billerbeck - Herr Pfeiffer

Herr Pfeiffer erinnert an den aufgrund eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefassten Beschluss, wonach ehrenamtlich tätige Bürger künftig alle 5 Jahre, erstmals 2007, zu einem Dankeschön-Abend eingeladen werden sollen. Er fragt nach, wann dieser Dankeschön-Abend stattfinde.

Herr Messing teilt mit, dass diese Veranstaltung eigentlich im November dieses Jahres geplant war. Aufgrund der personellen Ressourcen habe dieser Termin nicht eingehalten werden können, er sei nunmehr im Frühjahr 2008 vorgesehen.

Herr Pfeiffer, Herr Tauber und Frau Mönning bringen ihre Verärgerung über die Nichteinhaltung von Beschlüssen zum Ausdruck, zumindest hätte eine Information des Ausschusses bzw. Rates erfolgen müssen.

18. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Paul Brinkmann erklärt als Sprecher für die Kolpingsfamilie und den Allgemeinen Bürgerschützenverein, dass ihnen daran gelegen sei, Planungssicherheit für die Schützenfeste und Karnevalsveranstaltungen zu haben. Sie seien zu Kompromissen bereit. Er bitte jedoch darum, auch die Werbegemeinschaft zu den Gesprächen einzuladen, weil diese mitverantwortlich dafür seien, dass das ein oder andere entstanden ist.

Frau Maggie Rawe (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V.) bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für die Unterstützung des inzwischen erfolgreichen Antrages auf Einbeziehung des Hauses Kunterbunt in die Ki-biz-Förderung.

Bernhard Faltmann
1. stellv. Bürgermeister

Birgit Freickmann
Schriftführerin